

CDU will Lkw-Maut-Betrü gern das Handwerk legen

Landtagsfraktion fordert von Regierung Gesetzesinitiative – Steuerverlust in dreistelliger Millionenhöhe

STUTTGART Die CDU im baden-württembergischen Landtag fordert ein härteres Vorgehen gegen Lkw-Abgasmanipulationen. Vor allem Speditionen aus Osteuropa würden Geräte in die Bordelektronik einbauen, um ihren Stickoxidausstoß zu manipulieren. Da die deutsche Lkw-Maut nach Schadstoffklassen berechnet wird, würde dem deutschen Staat ein enormer Betrag an Einnahmen fehlen. „Der Schaden aus entgangenen Maut-Einnahmen beläuft sich bundesweit nach ersten Schätzungen auf über 110 Millionen Euro jährlich“, erklärt der wirtschaftspolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Claus Paal, der Heilbronner Stimme. Alleine das mautpflichtige Autobahnnetz in Baden-Württemberg umfasst zusammen eine Strecke von 1054 Kilometern.

Betrug Die CDU-Abgeordneten fordern

die grün-schwarze Regierung dazu auf, über eine Bundesratsinitiative gegen den Betrug vorzugehen. „Dazu sind ein klarer Rechtsrahmen, eine Erhöhung der Kontrolldichte durch das Bundesamt für Güterverkehr und eine entsprechende technische Ausstattung seiner Kontrollteams erforderlich“, sagt Paal.

Zudem würden sich osteuropäische Speditionen einen „klaren Wettbewerbsvorteil gegenüber heimischen Speditionen“ verschaffen. Deswegen müsse auf Bundesebene für einen fairen Wettbewerb gesorgt werden. „Manipulationen an Abgasanlagen von Lkw sind ein Betrug, der sowohl strafrechtlich, als auch durch die Stilllegung des Fahrzeugs zu verfolgen ist“, so der CDU-Politiker. Er beruft sich auf eine kürzlich vom „ZDF“ veröffentlichte Studie der Universität Heidelberg. Diese ergab, dass gut 20 Prozent aller osteuropäischen Lkw auf diese Art

und Weise manipuliert sein sollen.

In Deutschland gelten strenge Regeln. Hier wird bei Lkw-Dieselmotoren durch das Einspritzen von Ad Blue – einer Harnstofflösung – der Stickoxidausstoß minimiert. So können die Fahrzeuge auch die Euro-5- und die Euro-6-Norm erreichen. „Um die zusätzlichen Kosten für die Lösung zu sparen, kaufen kriminelle Speditionen Geräte, die die Bordelektronik manipulieren und die Harnstoffeinspritzung überflüssig machen“, so Paal. Auch die Umwelt werde deswegen stark belastet.

Paal beruft sich auf einen Beschluss der wirtschaftspolitischen Sprecher der CDU-Fraktionen der Länder. Auf ihrer Konferenz vor kurzem in Hamburg haben sie vereinbart, bei allen Landesregierungen eine entsprechende Gesetzesinitiative im Bundesrat einzufordern.